



**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin

Überblick über das Dublin-Verfahren

(ohne Rechtsschutzverfahren)

- 28.11.2017 -

RA'in Pauline Endres de Oliveira, Lehrbeauftragte RLC Berlin

&

Cyrielle Fernandez,
Diakonie Potsdam und Amnesty International (FK Asyl)

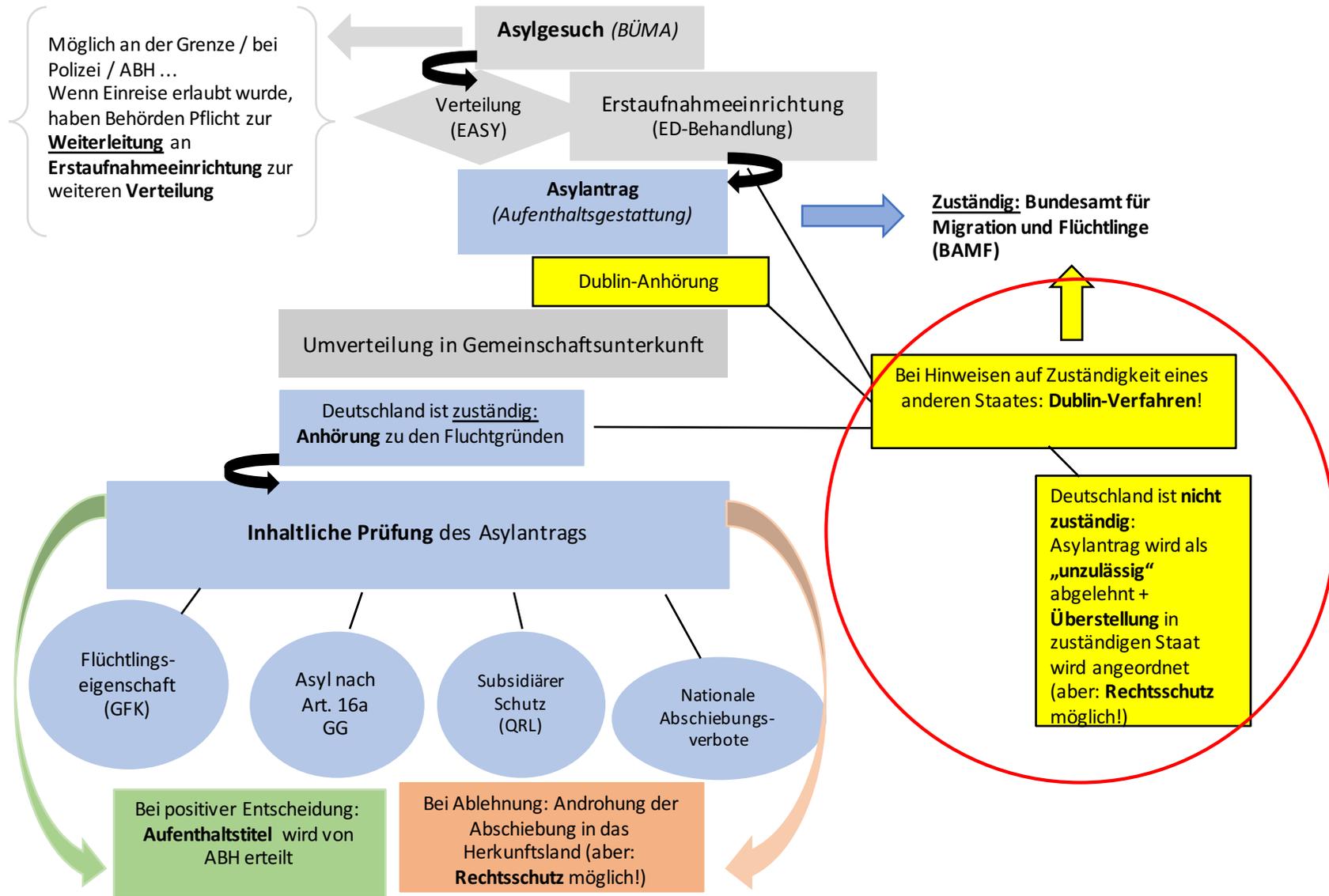


**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin

Überblick

- I. **Einordnung**
- II. Die Dublin-III-Verordnung
- III. Das Dublin-Verfahren in Deutschland
- IV. Übersichten: Fristen im Dublin-Verfahren
- V. Abgrenzung zur Drittstaatenregelung
- VI. Entscheidung bei “Anerkannten”

Das Dublin-Verfahren im deutschen Asylverfahren





Der Europäische Rechtsrahmen

2 Verordnungen

- EURODAC-VO
(EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013)

- Dublin-III-VO
(EG) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013)

2 Institutionen

- EASO
(Europäisches Asylunterstützungsbüro)

- FRONTEX
(--> "Frontières extérieures"
EU Grenzschutzagentur)

GEAS

Gemeinsames Europäisches
Asylsystem

5 Richtlinien

- QualifikationsRL
(2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.12.2011)

- AsylverfahrensRL
(2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013)

- AufnahmeRL
(2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013)

- MassenzustromsRL
(2001/55/EG des Rates vom 20.07.2001)

- RückführungsRL
(2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2008)



**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin

Überblick

I. Einordnung

II. Die Dublin-III-Verordnung

III. Das Dublin-Verfahren in Deutschland

IV. Übersichten: Fristen im Dublin-Verfahren

V. Abgrenzung zur Drittstaatenregelung

VI. Entscheidung bei “Anerkannten”

Was ist die Dublin-Verordnung?

VERORDNUNG (EU) Nr. 604/2013 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung)

- Kurz: **Dublin-III-Verordnung**
- Element des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems = Verordnung , die in den Mitgliedstaaten unmittelbar gilt
- zur Regelung der **Zuständigkeit** für Asylanträge (= Anträge auf internationalen Schutz)
- **Nicht anwendbar auf sog. "Anerkannte"!**



Die Dublin-III-Verordnung

Vorgängerregelungen:

- Dublin Übereinkommen von 1990
- Dublin-II-Verordnung (2003)

Ziel:

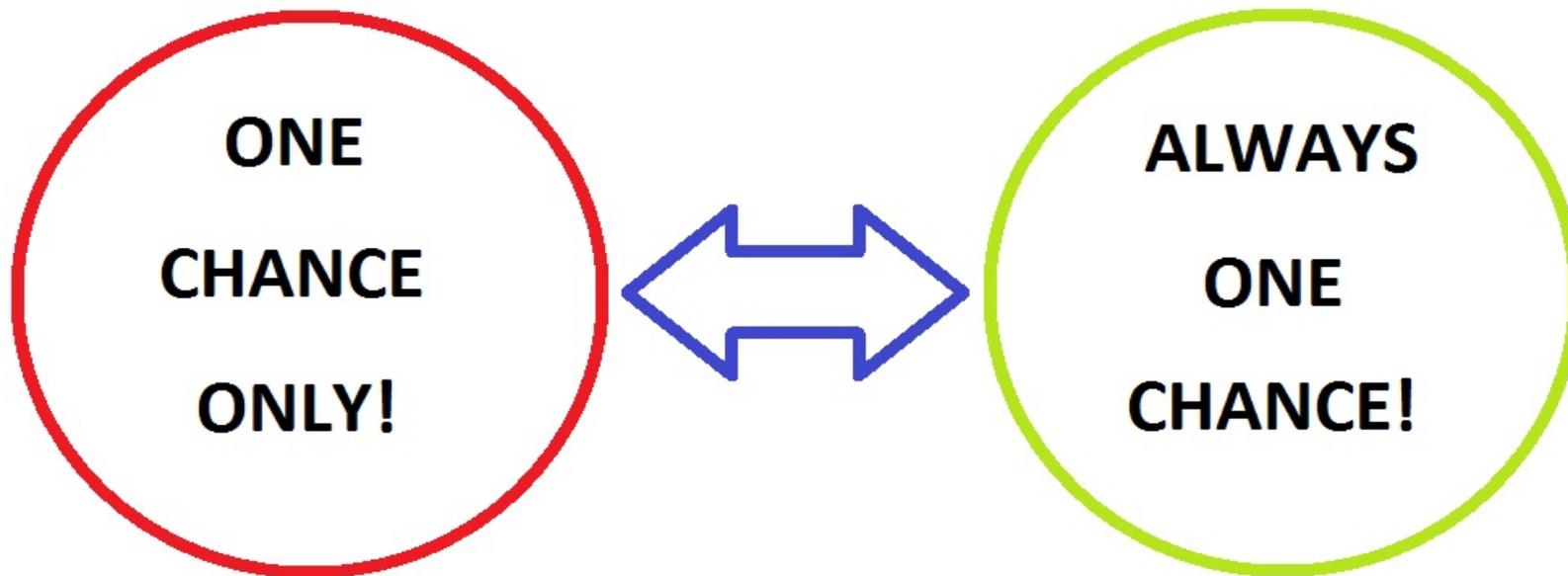
- „one state only“
- „no refugees in orbit“

„Dublin-Staaten“:

- EU-Mitgliedstaaten + Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island



The "spirit" of Dublin



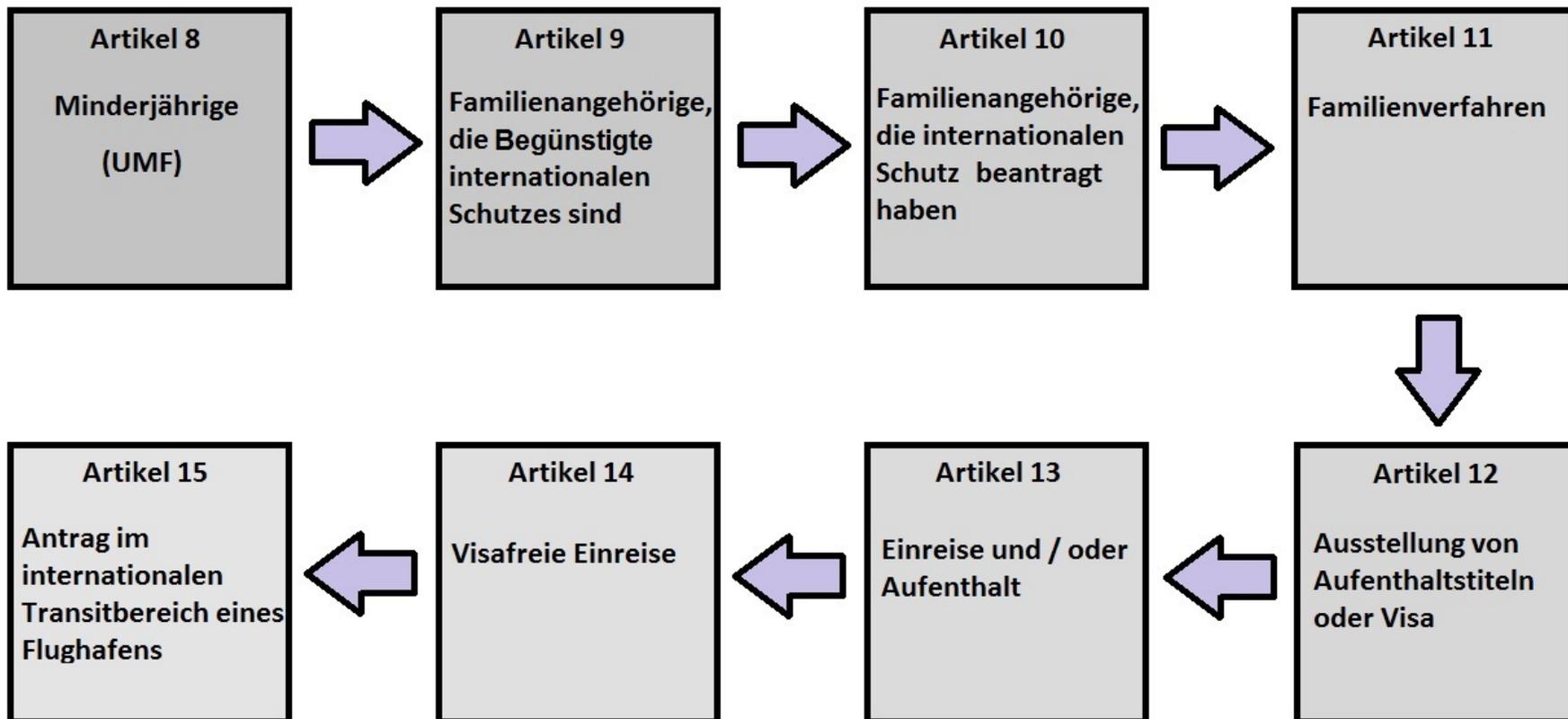
Die Zuständigkeitskriterien der Dublin-III-Verordnung

KAPITEL III: KRITERIEN ZUR BESTIMMUNG DES ZUSTÄNDIGEN MITGLIEDSTAATS

Artikel 7: Rangfolge der Kriterien

(1) Die Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats finden in der in diesem Kapitel genannten **Rangfolge** Anwendung.

Die Zuständigkeitskriterien der Dublin-III-Verordnung

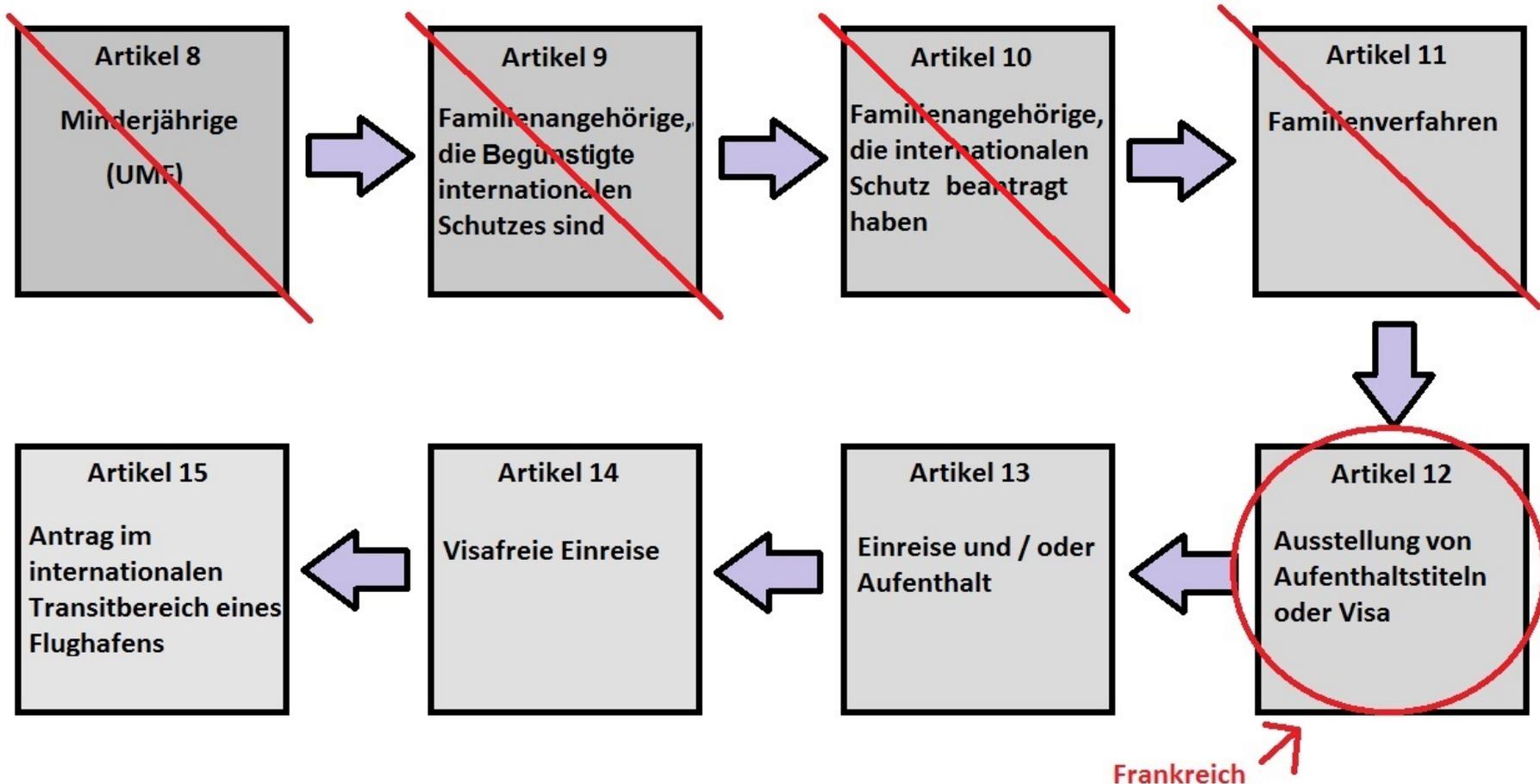


Beispiel 1:

- 19 Jahre alte alleinstehende Frau
- Asylantrag gestellt in Deutschland
- Gültiges französisches Schengenvisum
- Fingerabdrücke in Schweden



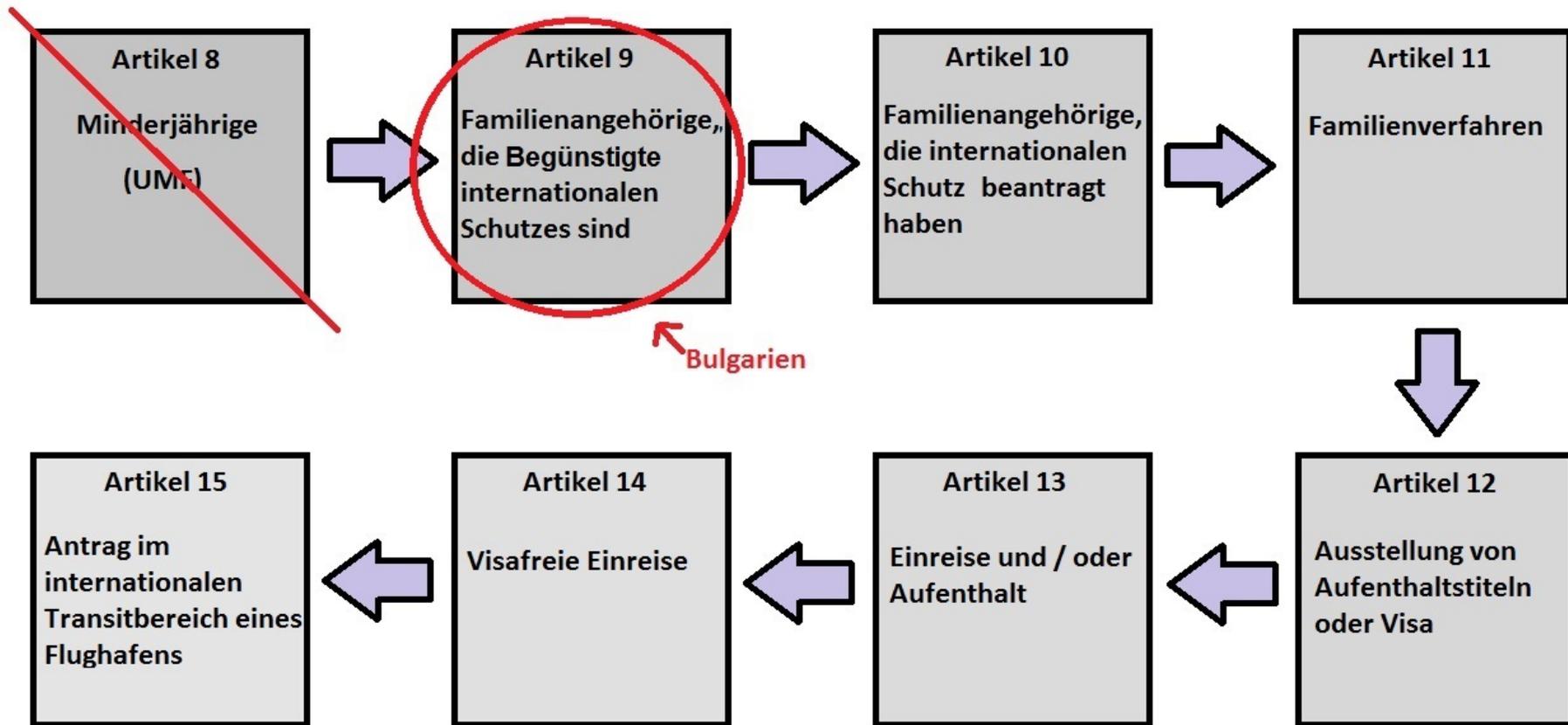
Beispiel: 19 Jahre alt alleinstehende Frau, Asylantrag in Deutschland, gültiges französisches Schengenvisum, Fingerabdrücke in Schweden.



Beispiel 2:

- 20 Jahre alter Mann
- Ehefrau mit Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft in Bulgarien
- Fingerabdrücke in Griechenland und Italien

Beispiel 2: 20 jähriger Mann, Ehefrau mit Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft in Bulgarien, Fingerabdrücke in Griechenland und Italien



Allgemeine Schutz- und Verfahrensgarantien

Recht auf Information (Art. 4):

- Unterrichtung über Ziele der VO, Zuständigkeitskriterien und ihre Rangfolge, Verfahren und dessen Dauer, pers. Gespräch, Rechtsbehelf, Datenschutz
- schriftlich, Merkblatt in verständlicher Sprache

Persönliches Gespräch (Art. 5):

- zeitnah, jedenfalls vor Überstellungsentscheidung
- in verständlicher Sprache, ggf. mit Dolmetscher
- Gewährleistung von Vertraulichkeit
- Befragung durch qualifizierte Person
- Ausnahmen (Abs. 2): Person ist flüchtig oder hat bereits sachdienliche Angaben gemacht

Grundsätzliche Probleme des Dublin-Systems

- Ungleiche Verteilung (da kaum legale Zugangswege: Regelzuständigkeit der Mittelmeeraanrainer, Bulgarien und Ungarn, über die irreguläre Einreisen erfolgen)
- Europäische Asylverfahrens- und Aufnahme richtlinie legen zwar einheitliche Mindeststandards fest, aber in der Realität schwanken die Standards und Lebensbedingungen sehr stark:
- Teilweise keine menschenwürdigen Aufnahmebedingungen / fairen Asylverfahren („systemische Mängel“ u.a.)
- Keine einheitliche Anerkennungspraxis
- Kein einheitlicher Status → keine Freizügigkeit nach Anerkennung

Überblick

I. Einordnung

II. Die Dublin-III-Verordnung

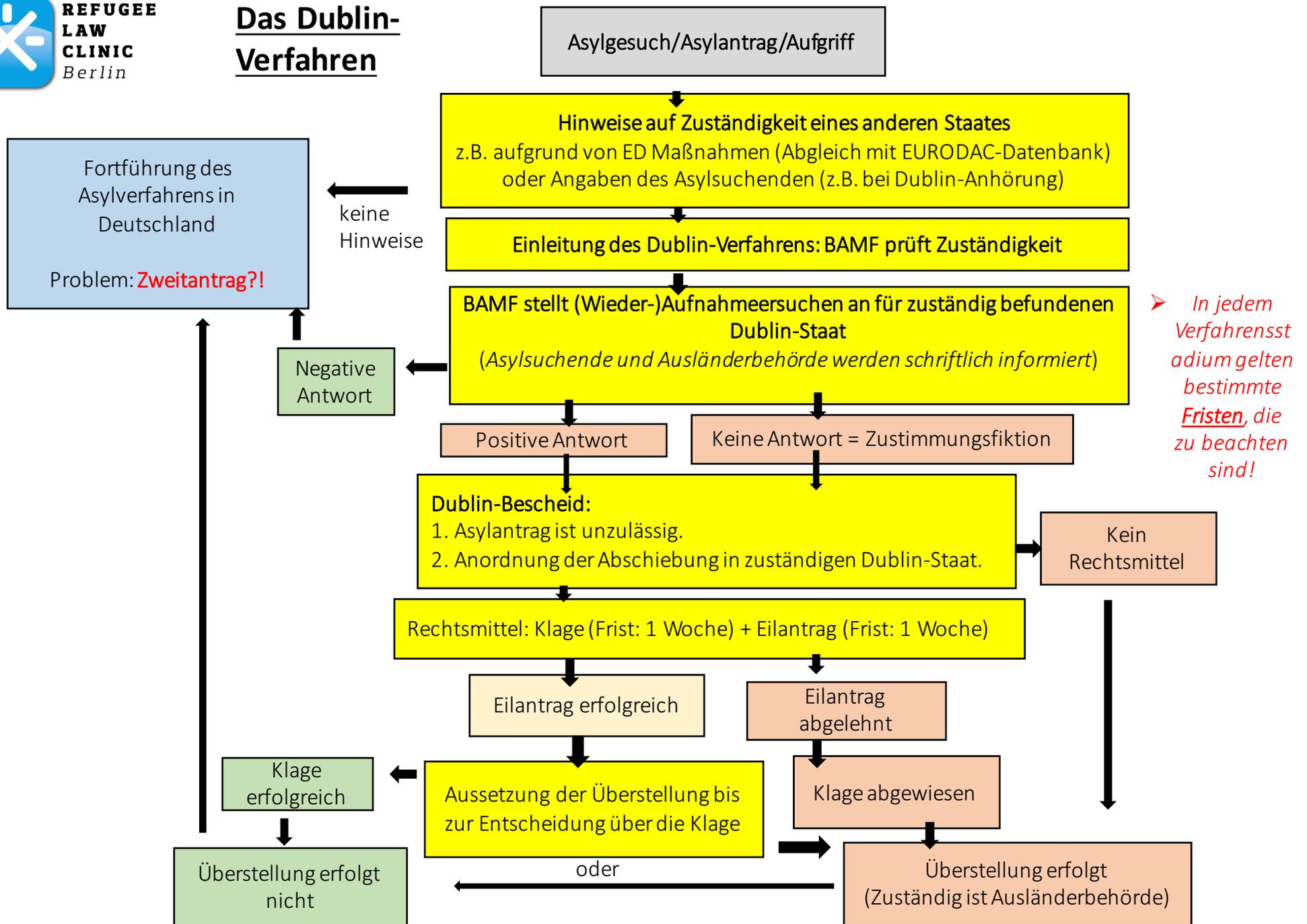
III. Das Dublin-Verfahren in Deutschland

IV. Übersichten: Fristen im Dublin-Verfahren

V. Abgrenzung zur Drittstaatenregelung

VI. Entscheidung bei “Anerkannten”

Das Dublin-Verfahren

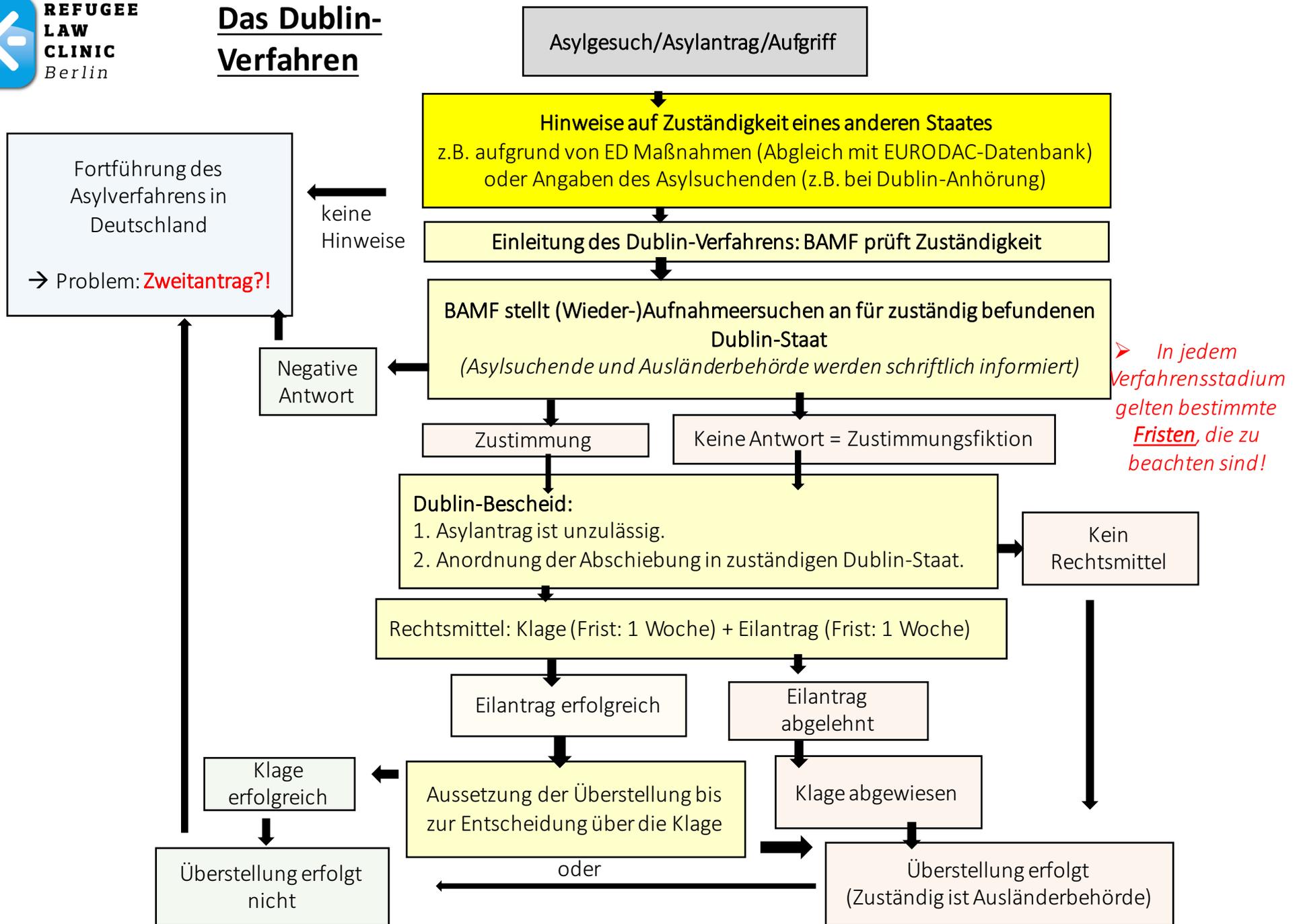


III. Das Dublin-Verfahren in Deutschland

Beispiel 3:

Herr A. war ursprünglich als »Bootsflüchtling« in Italien angekommen. Dort wurden ihm Fingerabdrücke abgenommen und in der Eurodac-Datenbank gespeichert. Er war für kurze Zeit in einem Heim unterbracht, wurde dann aber obdachlos. Er flieht weiter nach Deutschland und stellt hier einen Asylantrag.

Das Dublin-Verfahren





**Abgleich mit der
Eurodac-Datenbank**

**Abgleich mit der
VIS-Datenbank**

**Hinweise
über die
Zuständigkeit
eines MS**

Unterlagen
(Fahrkarten, Pässe, Bus-
und Zugtickets, usw.)

**Angaben aus der
Dublin-Anhörung**

Beispiel Hinweis: Eurodac-Treffer

MARIS 3

Asylverfahren Scannen Einstellungen

Arbeitskorb Wiedervorlage Neue Mappe AZP Stapel Personen Akten Mappen Arbeitskorb Suche starten Weiterleiten An Absender Vorgangsinfo Wiederanlage betreiben Öffnen Speichern Abbrechen

Arbeitskorb Suche Akten 6

6 Asylverfahren (Art.16a+§60)

- Historie
- Postausgänge
- Schriftstücke
- Termine
- Referenzen
- Entscheidungen
- Dublin-Daten
- Zusatzinformationen Akte
- Adresse
- Vertreter
- Personen
 - Z
 - Soziale Komponente
 - Beziehungen
 - MFI-Weitere Namen
 - Änderungsübersicht
 - ED-Daten
 - Eurodac**
 - Transaktionen
 - Papiere
 - Asylon-Sachstände
 - Zusatzinformationen Person

Eurodac

Eurodac-Nummer DE11

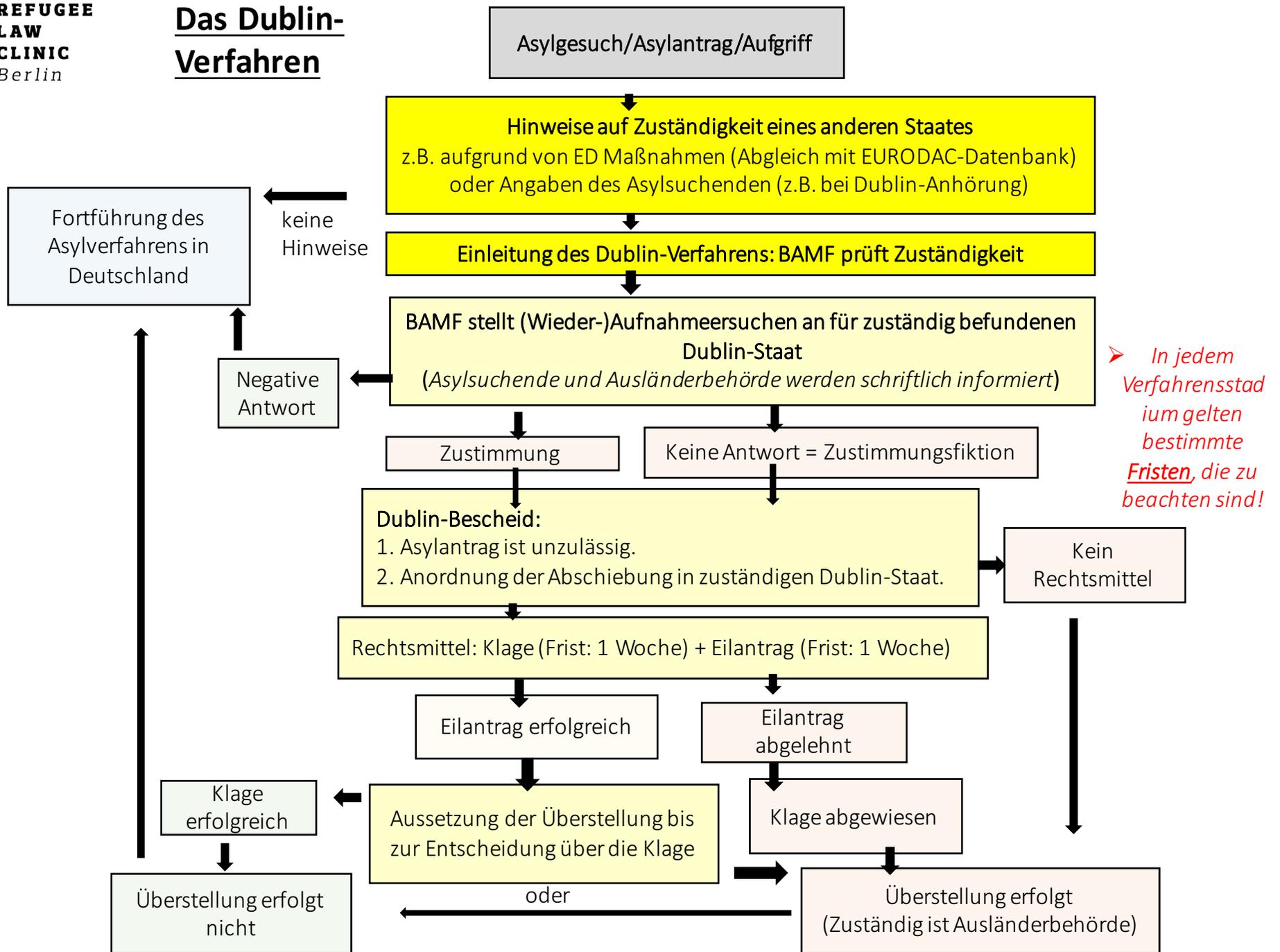
Status **Treffer**

Eurodac-Treffer

-	Treffer	Herkunftsland	Antrags-/Aufgriffsort	Antrags-/Aufgriffsdatum	Geschlecht
▶	IT	Italien	TARANTO	21.09.2016	männlich
▶	IT.	Italien	MESSINA	02.08.2016	männlich

geburtsname

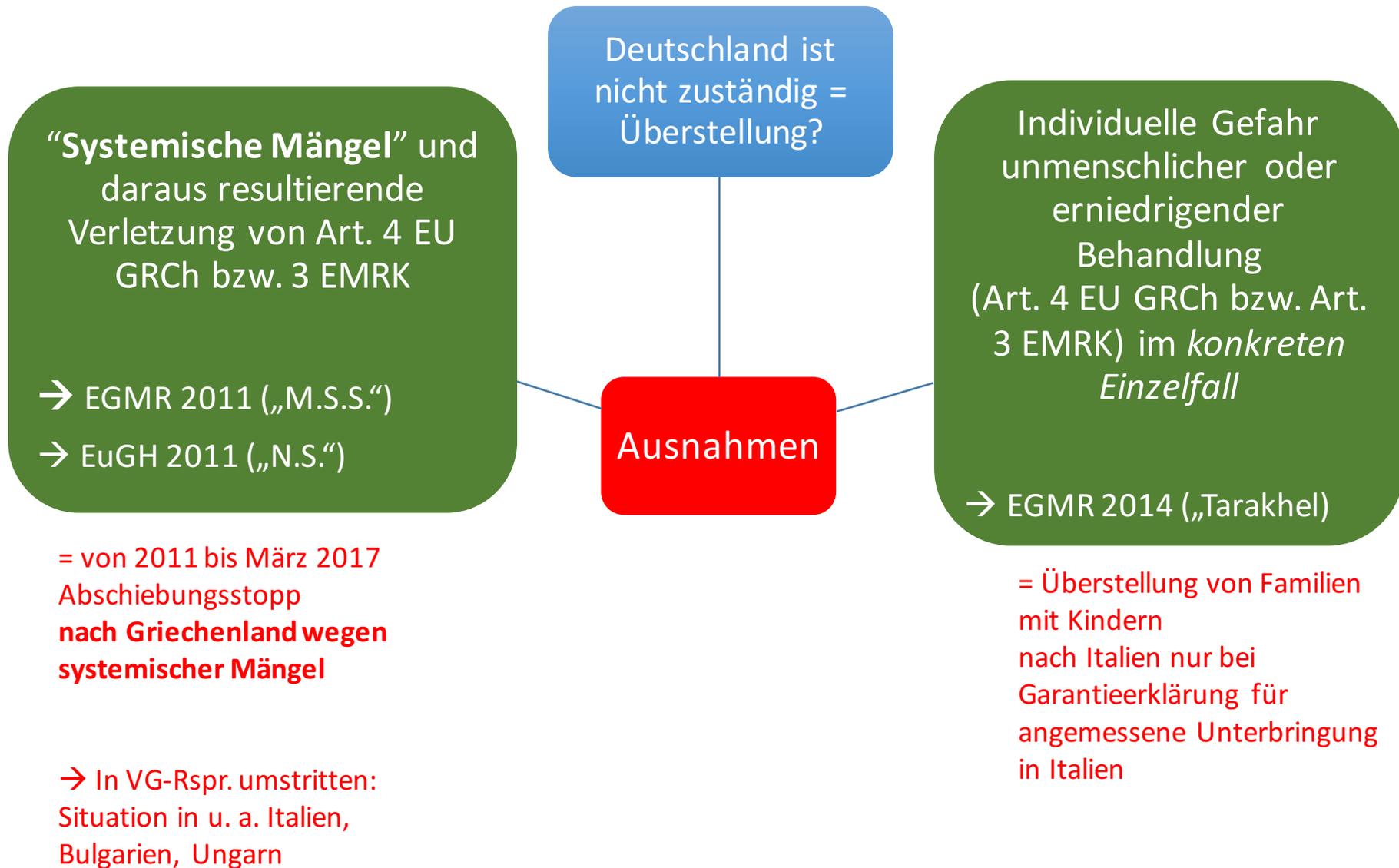
Das Dublin-Verfahren



Bei Hinweisen auf Zuständigkeit eines anderen MS → Dublin-Verfahren:

1. Prüfung der **Zuständigkeit**

- ✓ Zuständigkeitskriterien (Art. 8 – 15 Dublin-III-VO) ?
- ✓ Ausnahmeregelung: humanitäre Klausel / Selbsteintritt (Art. 16 / Art. 17 Dublin-III-VO) ?
- ✓ Fristen eingehalten (Art. 20 ff., bes. Art. 21-23, 29 Dublin-III) ?
→ *Siehe im Einzelnen die Übersichten zu den Fristen im Dublin-Verfahren*
- ✓ Keine Überstellung wg. systemischer Mängel (Art. 3 (2) Dublin-III) oder konkret drohender Gefahr im Einzelfall ?



Bei Hinweisen auf Zuständigkeit eines anderen MS → Dublin-Verfahren:

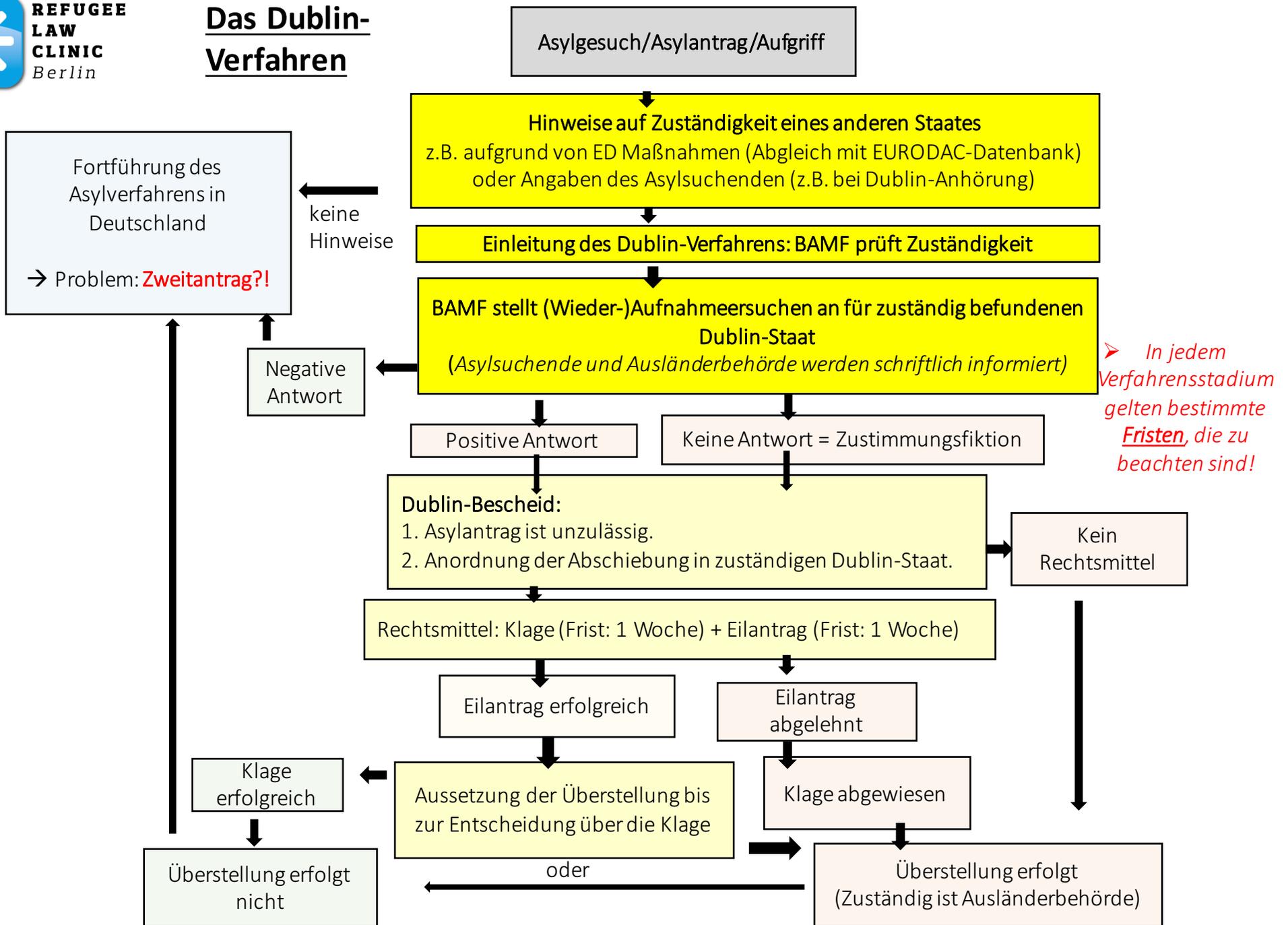
1. Prüfung der **Zuständigkeit**

- ✓ Zuständigkeitskriterien (Art. 8 – 15 Dublin-III-VO) ?
- ✓ Ausnahmeregelung (Art. 16, 17 Dublin-III-VO) ?
- ✓ Fristen eingehalten (Art. 20 ff., bes. Art. 21-23, 29 Dublin-III) ?
- ✓ Keine Überstellung wg. systemischer Mängel? (Art. 3 (2) Dublin-III) ?

2. **Übernahmeersuchen** an den anderen MS

- ✓ Je nach Fall: Aufnahmeersuchen oder Wiederaufnahmeersuchen
- ✓ Das Ersuchen und die Antwort auf das Ersuchen müssen innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen (→ *siehe Übersicht zu Fristen*)
- ✓ **Folge bei Fristablauf**: MS, der Frist versäumt, wird zuständig
- ✓ Bei Zustimmung/**Zustimmungsfiktion**: Abschluss des Verfahrens (Bescheid)

Das Dublin-Verfahren



Beispiel 3 (Fortsetzung):

*Bei Herrn A. wurde festgestellt, dass Italien für ihr Asylverfahren zuständig ist (Zuständigkeitskriterium Art. 13 Dublin-III-VO wegen irregulärer Einreise, nachgewiesen durch **EURODAC-Treffer in Italien**).*

Das BAMF geht nicht davon aus, dass “systemische Mängel” in Italien vorliegen. Herr A. wird auch nicht geglaubt, dass ihm im konkreten Einzelfall eine Verletzung von Art. 3 EMRK (unmenschliche oder erniedrigende Behandlung), z.B. wegen drohender Obdachlosigkeit, drohe.

*Das BAMF stellt demnach ein **Übernahmersuchen an Italien**.*

Die Ausländerbehörde und Herr A. werden schriftlich informiert.

Erste Seite des
Aufnahmeersuchens

ANHANG I

**EINHEITLICHES FORMULAR ZUR BESTIMMUNG DES FÜR DIE PRÜFUNG
EINES ANTRAGS AUF INTERNATIONALEN SCHUTZ ZUSTÄNDIGEN
MITGLIEDSTAATES**

Das Aufnahmegesuch wird nach folgendem Artikel der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 gestellt

Artikel 13 Absatz 1 (illegale Einreise über die Außengrenze vor weniger als 12 Monaten)

VIS-Nr. (wenn anwendbar)

Eurodac-Daten

Eurodac-Nr

IT:

Dringende Antwort erbeten

Bis spätestens (TT/MM/JJJJ)

Grund:

- Artikel 28 (Haft)
 Artikel 21 Absatz 2 (sonstige Gründe)

Angaben zur Person des Antragstellers

Aktenzeichen

420-



Bild des Antragstellers

1. Familienname (*In Großbuchstaben)

Geburtsname

Z:

2. Vorname(n)

3. Werden und wurden auch andere Namen geführt?

Ja

Nein

Welche?

4. Geburtsdatum (TT/MM/JJJJ)

19

5. Geburtsort

Kreis/Bezirk

Land

Eritrea

Mitteilung an die zuständige
ABH

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

Zentrale ABH für Asylbewerber des

Landes Brandenburg

Poststr.72

15890 Eisenhüttenstadt

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

1. [REDACTED]

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

[REDACTED]

(bei Antwort bitte angeben)

(Durchwahl)

[REDACTED]

Datum

20.04.2017

Dublin-Verfahren
Übernahmeersuchen für die folgende/n Person/en:

Name/Vorname(Geschlecht):

1. [REDACTED] (männlich)

Geburtsdatum/-ort, Staatsangehörigkeit:

1. [REDACTED]

ALIAS:

Name/Vorname:

Geburtsdatum/-ort, Staatsangehörigkeit:

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat am 20.04.2017

[REDACTED] um Übernahme des Asylverfahrens gebeten.

Über das Ergebnis werden Sie unterrichtet.

Sollte sich während des Verfahrens herausstellen, dass dem zur Übernahme angebotenen Ausländer bereits in einem anderen Mitgliedstaat die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention zuerkannt wurde, kann die Dublin-Verordnung keine Anwendung mehr finden. In diesem Fall können bilaterale Abkommen der Grenzschutzdirektionen zur Anwendung kommen, die die Rückübernahme anerkannter Flüchtlinge regeln. Wenden Sie sich hierzu bitte ggf. dann an die zuständige Bundespolizeidirektion.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. G. [REDACTED]



**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Bearbeitende Stelle:

Referat 421 AKZ Eisenhüttenstadt

Hausanschrift: Poststr. 72
15890 Eisenhüttenstadt

Postanschrift: Poststr. 72
15890 Eisenhüttenstadt

Tel.: 033644920
Fax: 03364492199

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

Geschäftszeichen: [REDACTED]

[REDACTED]

Aufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt

Poststr. 72

15890 Eisenhüttenstadt

Mitteilung an die
asylsuchende
Person

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

(Durchwahl)

Datum

[REDACTED]

[REDACTED]

20.04.2017

(bei Antwort bitte angeben)

Asylverfahren des/der

Vorname/NAME

geb. am

[REDACTED] 1982

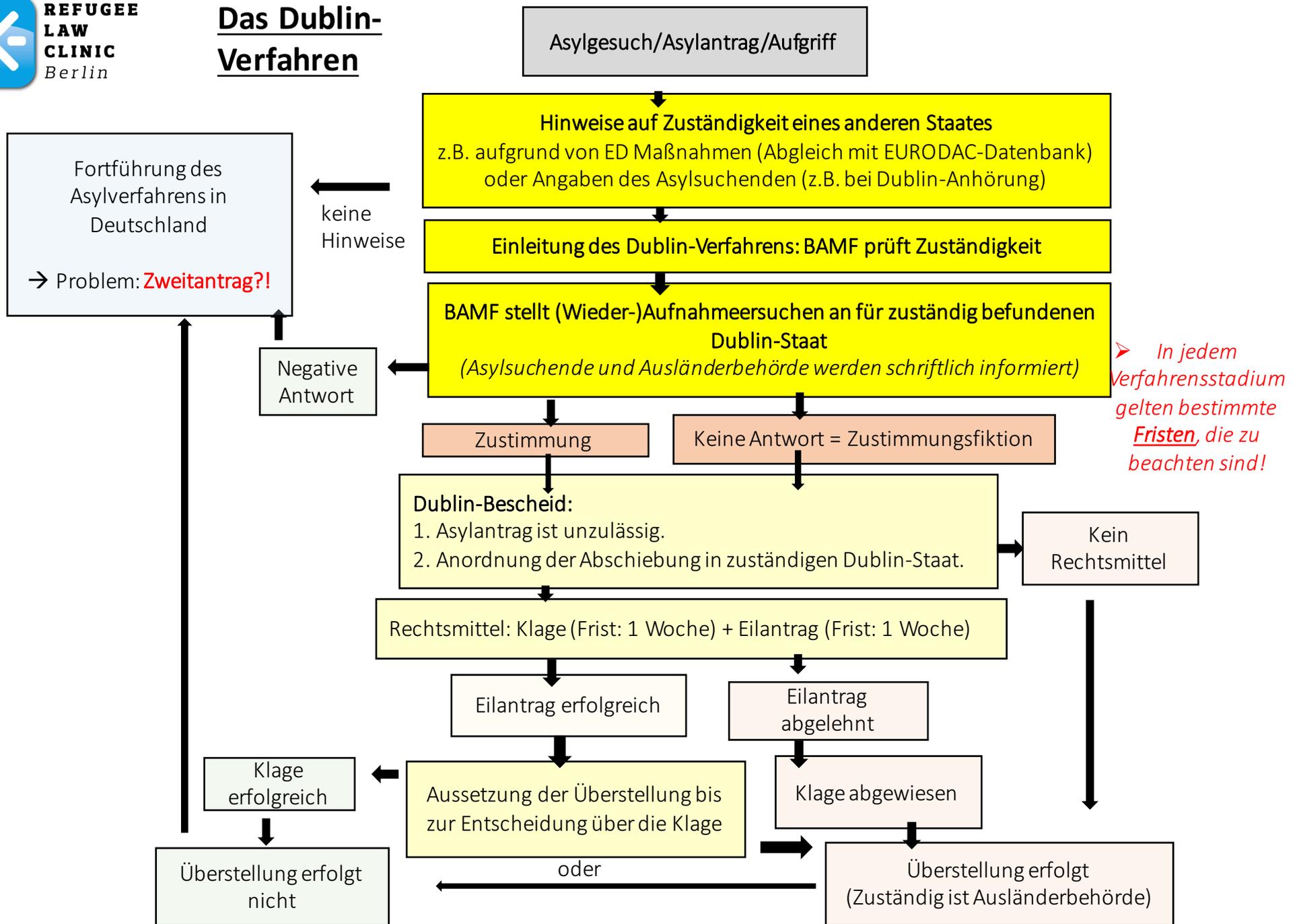
Sehr geehrte(r) Frau/Herr [REDACTED]

bezüglich des o.a. Asylverfahrens ist nunmehr ein Dublin-Verfahren eingeleitet worden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

G [REDACTED]

Das Dublin-Verfahren



DIRECTION DE L'ASILE
Département de l'accès à la procédure d'asile
Section DUBLIN
dublinfr@interieur.gouv.fr

BUNDESAMT FÜR MIGRATION
UND FLÜCHTLINGE (BAMF – Dortmund)
(ALLEMAGNE)
Fax : 0049 2 319 058 299

Beispiel: Zustimmung (Frankreich)

OBJET: Accord de prise en charge d'un demandeur d'asile par la France :

NOS REF. : [REDACTED] D5

VOS REF. : [REDACTED] 31 – reçu le 20/04/2017

J'accepte la demande de prise en charge du demandeur d'asile cité en objet en application de l'article 12-2 du règlement (UE) N° 604/2013 du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013.

La remise de l'intéressé doit être effectuée **du lundi au vendredi de 8h00 à 14h00 à l'Aéroport de Nice - Côte d'Azur**. Il devra se présenter à la **préfecture des Alpes Maritimes**.

Vous veillerez à me prévenir impérativement sept jours ouvrables avant la date du transfert. Par ailleurs en cas d'handicap sévère ou de maladie grave nécessitant une hospitalisation, vous veillerez à m'adresser en réponse au présent courrier le formulaire médical prévu à l'annexe IX du règlement d'application n°1560/2003 du 2 septembre 2003 et à me prévenir impérativement **un mois avant la date du transfert**.

The transfer must be made from Monday to Friday from 8:00 am to 2:00 pm à l'Aéroport de Nice - Côte d'Azur. He must report to the prefecture des Alpes Maritimes. You must notify me imperatively seven working days before the date of the transfer. In addition, in the event of severe disability or serious illness requiring hospitalization, please send me the medical form provided for in Annex IX to Regulation No 1560/2003 of 2 September 2003 And to notify me imperatively one month before the date of the transfer.

Pour le ministre et par délégation,


Le chef de département de l'Asile
le 20/04/2017
Pascal RAUPOULIN
Signature numérique de Dublif R
DN: cn=FR, st=France, o=Paris, ou=Ministère
de l'Intérieur, cn=Dublif R,
c=fr, email=dublif.r@dg01.dublif.eu-
admi.net
Date: 2017.04.26 09:20:29 +02:00

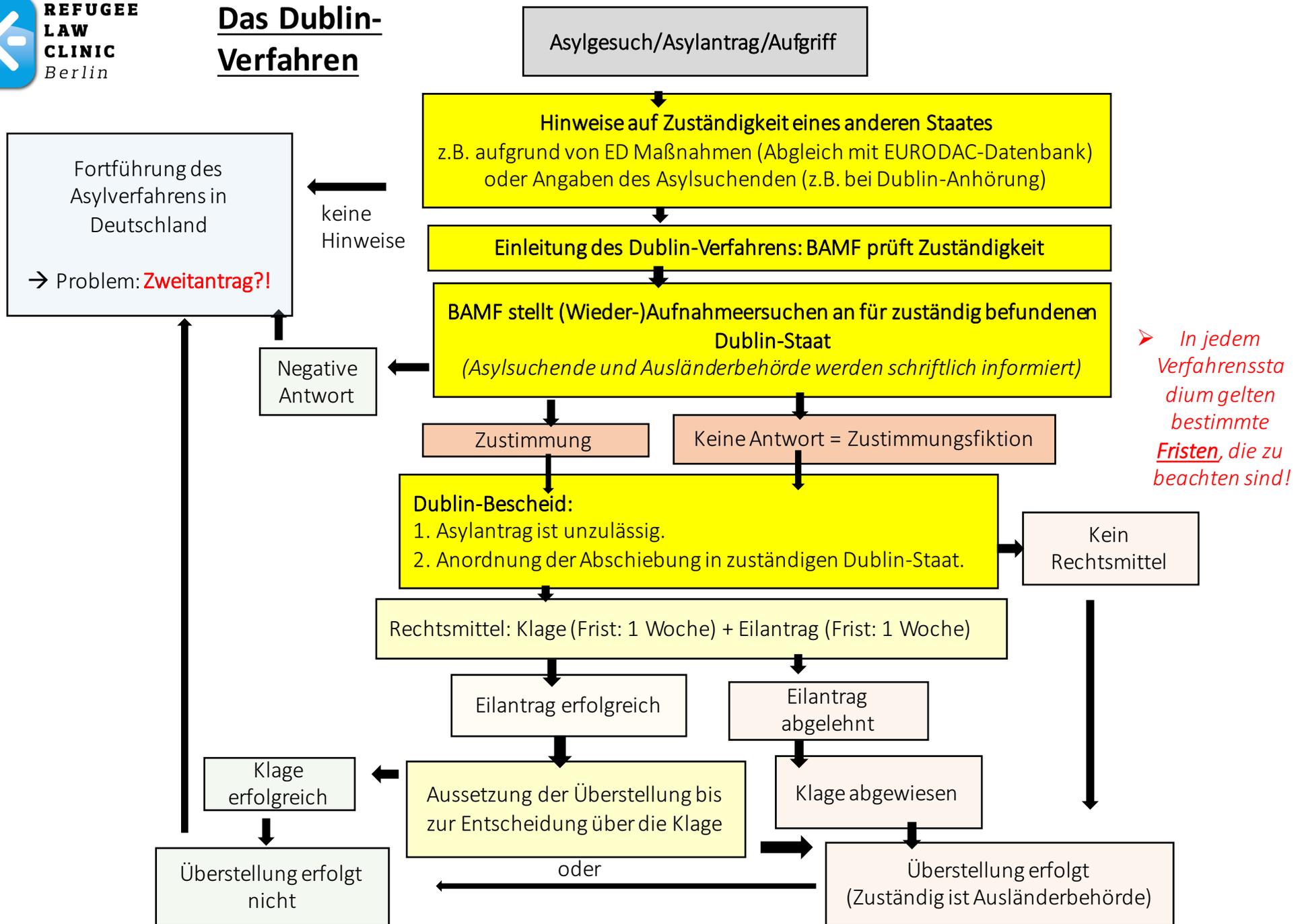
Ce document n'est pas une autorisation d'entrer sur le territoire français et ne peut pas être utilisé à cet effet. La police aux frontières peut refuser l'entrée sur le territoire si le transfert n'a pas été effectivement annoncé aux autorités françaises dans les délais fixés par la réglementation européenne.

Beispiel 3 (Fortsetzung):

Im Falle von Herrn A. hatte das BAMF innerhalb der vorgesehenen Frist (siehe Fristentabelle) ein Übernahmesuchen an Italien gestellt.

*Da Italien auf das Übernahmesuchen des BAMF nicht innerhalb der vorgesehenen Frist antwortet (“**Zustimmungsfiktion**”), schließt das BAMF das Verfahren ab. Herr A. erhält einen Bescheid, mit dem sein Asylantrag als “unzulässig” abgelehnt wird.*

Das Dublin-Verfahren





§ 29 Unzulässige Anträge (NEU! Integrationsgesetz vom 6. August 2016. Früher §27a AsylG)

(1) Ein Asylantrag ist unzulässig, wenn

1. ein anderer Staat

a) nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 31) oder

b) auf Grund von anderen Rechtsvorschriften der Europäischen Union oder eines völkerrechtlichen Vertrages für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist,

Dublin-III-VO

§ 31 Abs. 3 AsylG:

Bei Entscheidungen über
“unzulässige” Asylanträge muss
Feststellung zu nationalen
Abschiebungsverboten nach § 60
Abs. 5 und 7 AufenthG erfolgen!

BESCHIED

In dem Asylverfahren des

[REDACTED] geb. am [REDACTED]

wohnhaft:

vertreten durch: -/-

ergeht folgende Entscheidung:

1. Der Antrag wird als unzulässig abgelehnt.
2. Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes liegen nicht vor.
3. Die Abschiebung nach [REDACTED] wird angeordnet.
4. Das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes wird auf **12 Monate** ab dem Tag der Abschiebung befristet.

Begründung:

Der Antragsteller, Staatsangehöriger [REDACTED] vom Volke der Araber, islamischen Glaubens, reiste am 08.02.2017 in die Bundesrepublik Deutschland ein und stellte am 21.02.2017 einen Asylantrag.

Nach den Erkenntnissen des Bundesamts, Visum, lagen Anhaltspunkte vor für die Zuständigkeit eines anderen Staates gemäß der Verordnung Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (Dublin III-VO).

Beispiel: Dublin Bescheid
(Auszug, 1. Seite)

§ 31 Abs. 3 AsylG:

Bei Entscheidungen über
"unzulässige" Asylanträge muss
Feststellung zu nationalen
Abschiebungsverboten nach § 60
Abs. 5 und 7 AufenthG erfolgen!



**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb einer Woche nach Zustellung Klage bei dem

Verwaltungsgericht Potsdam

Friedrich-Ebert-Str. 32
14469 Potsdam

Beispiel:
Rechtsbehelfsbelehrung

(letzte Seite Dublin-Bescheid)

erhoben werden. Für die Rechtzeitigkeit ist der Tag des Eingangs beim Verwaltungsgericht maßgebend.

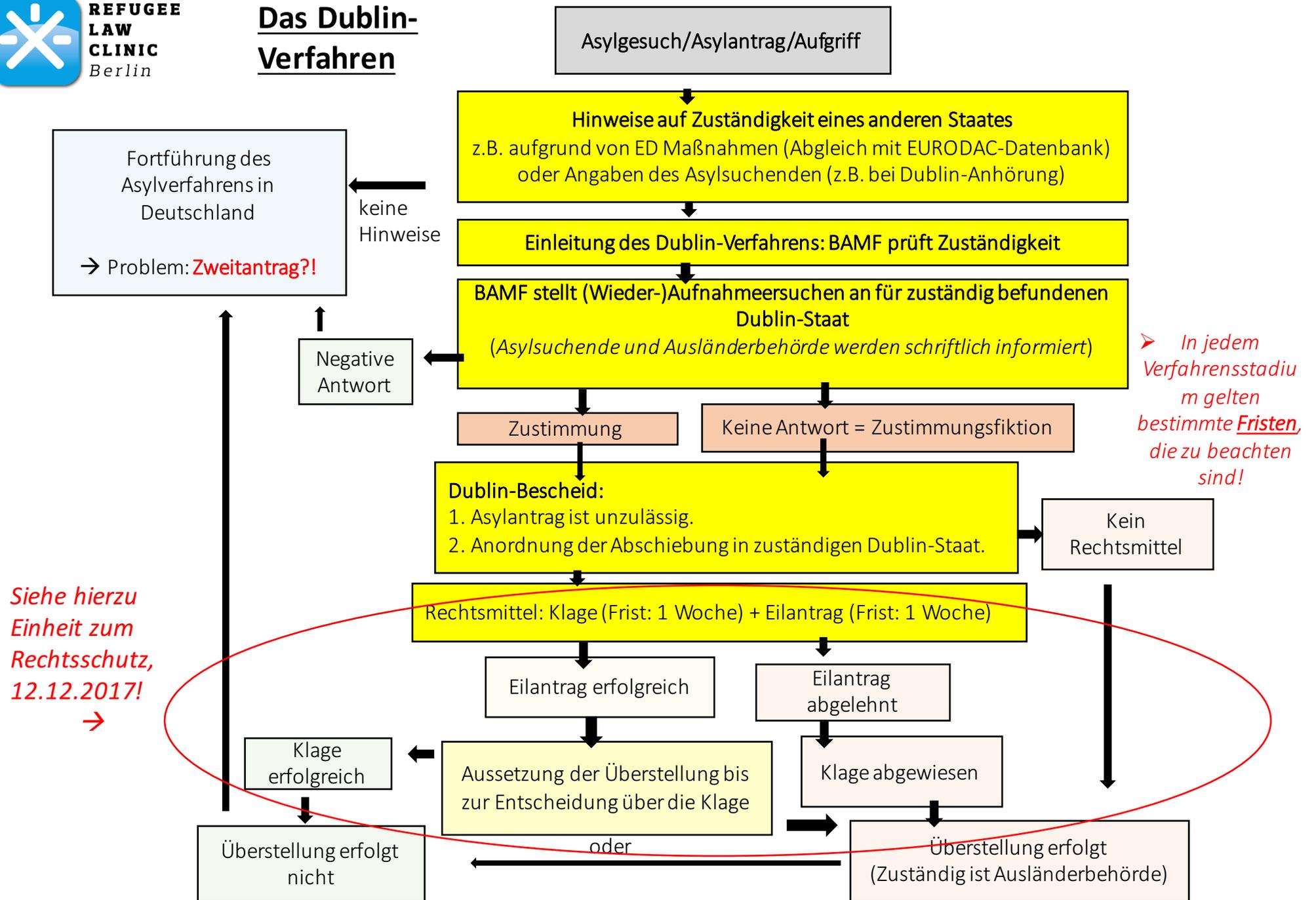
Die Klage muss den Kläger, die Beklagte und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und in deutscher Sprache abgefasst sein. Sie ist gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium des Innern, dieses vertreten durch den Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in 90343 Nürnberg, zu richten. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Die zur Begründung der Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel sind binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung dieses Bescheides anzugeben. Das Gericht kann Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und die Verspätung nicht genügend entschuldigt ist (§ 87 b Abs. 3 VwGO).

Die Klage gegen die Abschiebungsanordnung hat **keine aufschiebende Wirkung**. Ein Antrag auf **Anordnung der aufschiebenden Wirkung** der Klage nach § 80 Abs. 5 VwGO kann **innerhalb einer Woche** nach Bekanntgabe dieses Bescheides bei dem oben genannten Verwaltungsgericht gestellt werden.

→ *Siehe hierzu auch Einheit zum
Rechtsschutz am 12.12.2017!*

Das Dublin-Verfahren





**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin

Überblick

I. Einordnung

II. Die Dublin-III-Verordnung

III. Das Dublin-Verfahren in Deutschland

IV. Übersichten: Fristen im Dublin-Verfahren

V. Abgrenzung zur Drittstaatenregelung

VI. Entscheidung bei “Anerkannten”



Fristen im Dublin-Verfahren

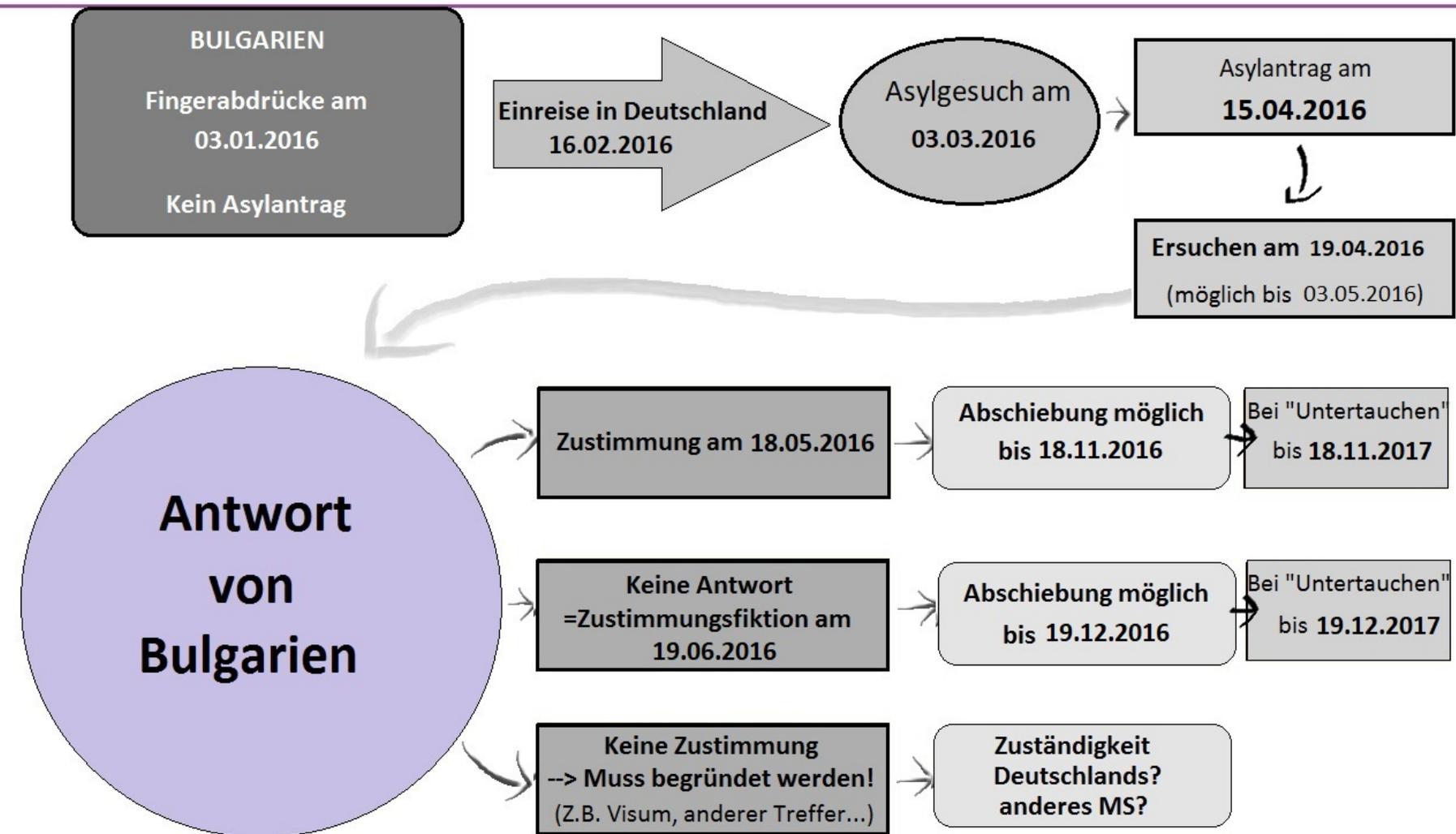
Fristen im Aufnahmeverfahren

(= in dem anderen MS ist noch kein Antrag auf internationalen Schutz gestellt worden)

	Frist	Folgen bei Fristablauf
Ersuchen = Anfrage an für zuständig befundenen Mitgliedstaat (MS)	2 Monate ab Asylgesuch , wenn Eurodac-Treffer oder 3 Monate ab Asygesuch (in Deutschland) <i>Neu!</i> (EuGH, 26.07.2017. C-670/16)	Deutschland wird zuständig
Antwort des angefragten MS	2 Monate (Achtung: bei Dringlichkeit max. 1 Monat)	Anderer MS (wird) zuständig
Überstellung	6 Monate (ab Zustimmung des ersuchten MS oder Zustimmungsfiktion) Achtung: 18 Monate bei "Untertauchen"	Deutschland wird zuständig

Fristen im Dublin-Verfahren _ Beispiel 1

Beispiel N.1: Asylsuchende mit Fingerabdrücke nur in Bulgarien und Deutschland. Kein Visum. Asylantrag nur in Deutschland.





Fristen im Dublin-Verfahren Beispiel 1

Beispiel N.1: Asylsuchende mit Fingerabdrücke nur in Bulgarien und Deutschland. Kein Visum. Asylantrag nur in Deutschland.



Fristen im Dublin-Verfahren

Fristen im Wiederaufnahmeverfahren

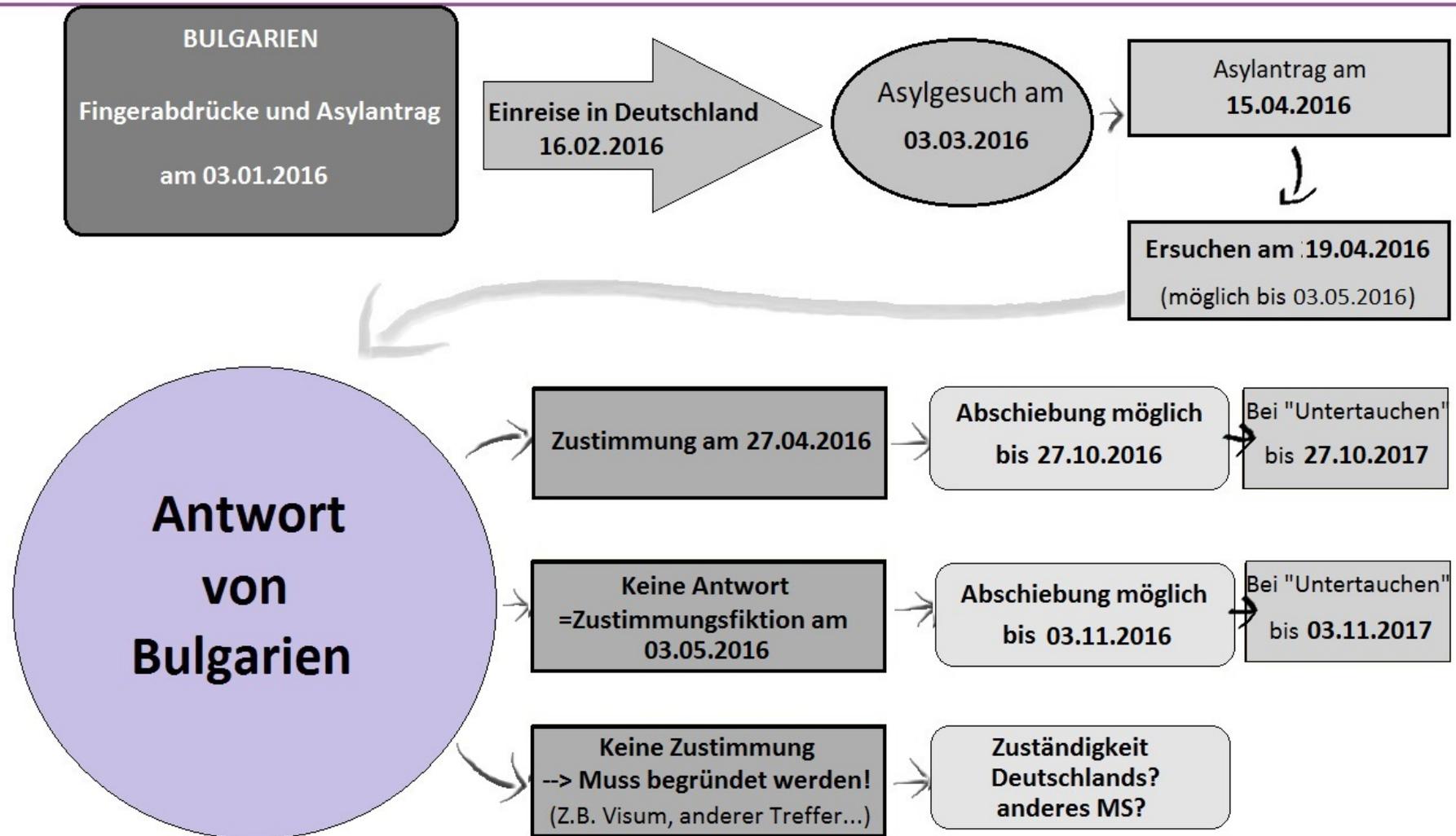
(= in dem anderen MS ist noch kein Antrag auf internationalen Schutz gestellt worden)

	Frist	Folgen bei Fristablauf
Ersuchen = Anfrage an für zuständig befundenen Mitgliedstaat (MS)	2 Monate ab Asylgesuch , wenn Eurodac-Treffer oder 3 Monate ab Asylgesuch (in Deutschland) <div style="border: 1px solid blue; border-radius: 50%; padding: 5px; display: inline-block; margin-top: 10px;"> <p style="text-align: center; color: red; margin: 0;">Neu! (EuGH, 26.07.2017. C-670/16)</p> </div>	Deutschland wird zuständig
Antwort des angefragten MS	2 Wochen bei Eurodac-Treffer, sonst 1 Monat	Anderer MS (wird) zuständig
Überstellung	6 Monate (ab Zustimmung des ersuchten MS oder Zustimmungsfiktion) Achtung: 18 Monate bei "Untertauchen"	Deutschland wird zuständig



Fristen im Dublin-Verfahren _ Beispiel 2

Beispiel N. 2: Asylsuchendemit Fingerabdrücke und Asylantrag nur in Bulgarien und in Deutschland. Kein Visum.





**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin

Überblick

- I. Einordnung
- II. Die Dublin-III-Verordnung
- III. Das Dublin-Verfahren in Deutschland
- IV. Übersichten: Fristen im Dublin-Verfahren
- V. Abgrenzung zur Drittstaatenregelung**
- VI. Entscheidung bei “Anerkannten”

Die Drittstaatenregelung

Die Dublin-Verordnung ist nicht zu verwechseln mit der sogenannten »Sichere-Drittstaaten-Regelung«, die im deutschen Recht verankert ist.

Diese führt nach nationalem Recht dazu, dass

1. Eine Person an der Grenze die Einreise verweigert werden kann, wenn sie aus einem sog. sicheren Drittstaat kommt (§ 18 AsylG)
2. Im Falle einer *inhaltlichen Prüfung* des Asylantrags keine Anerkennung der Asylberechtigung nach Art. 16a Grundgesetz erfolgt.

Die Drittstaatenregelung

Nach **Artikel 16a Abs. 2 des Grundgesetzes** ist ein **sicherer Drittstaat** ein solcher, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (GFK) und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) gewährleistet ist.

§ 26a Abs. 2 AsylG definiert die folgenden Staaten als sichere Drittstaaten:

- Alle MS der EU + Norwegen und die Schweiz (siehe Anlage I zum AsylG)

→ Achtung: Dieser Begriff unterscheidet sich vom Begriff des “sicheren Drittstaates” auf EU-Ebene (= Drittstaaten als Staaten außerhalb der EU)

Die Drittstaatenregelung

§ 18 AsylG (Aufgaben der Grenzbehörde)

(1) [...]

(2) Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn
1. er aus einem sicheren Drittstaat (§ 26a) einreist,
[...]

Die Drittstaatenregelung

→ Im Hinblick auf Asylsuchende, die (noch) keine **positive Entscheidung** über ihren Asylantrag (in einem Dublin-Staat) erhalten haben, ist die Dublin-III-Verordnung **vorrangig** anwendbar, da das BAMF hier erst die Zuständigkeit prüfen muss (*nicht* die Grenzpolizei!). Die Dublin-III-Verordnung “überlagert” somit die Drittstaatenregelung!

→ nach dieser Auffassung findet § 18 Abs. 2 Nr. 2 AsylG keine Anwendung!

→ Die Drittstaatenregelung findet allerdings Anwendung auf alle Personen, **die nicht (mehr) unter die Dublin-III-VO** fallen (sog. “Anerkannte”)

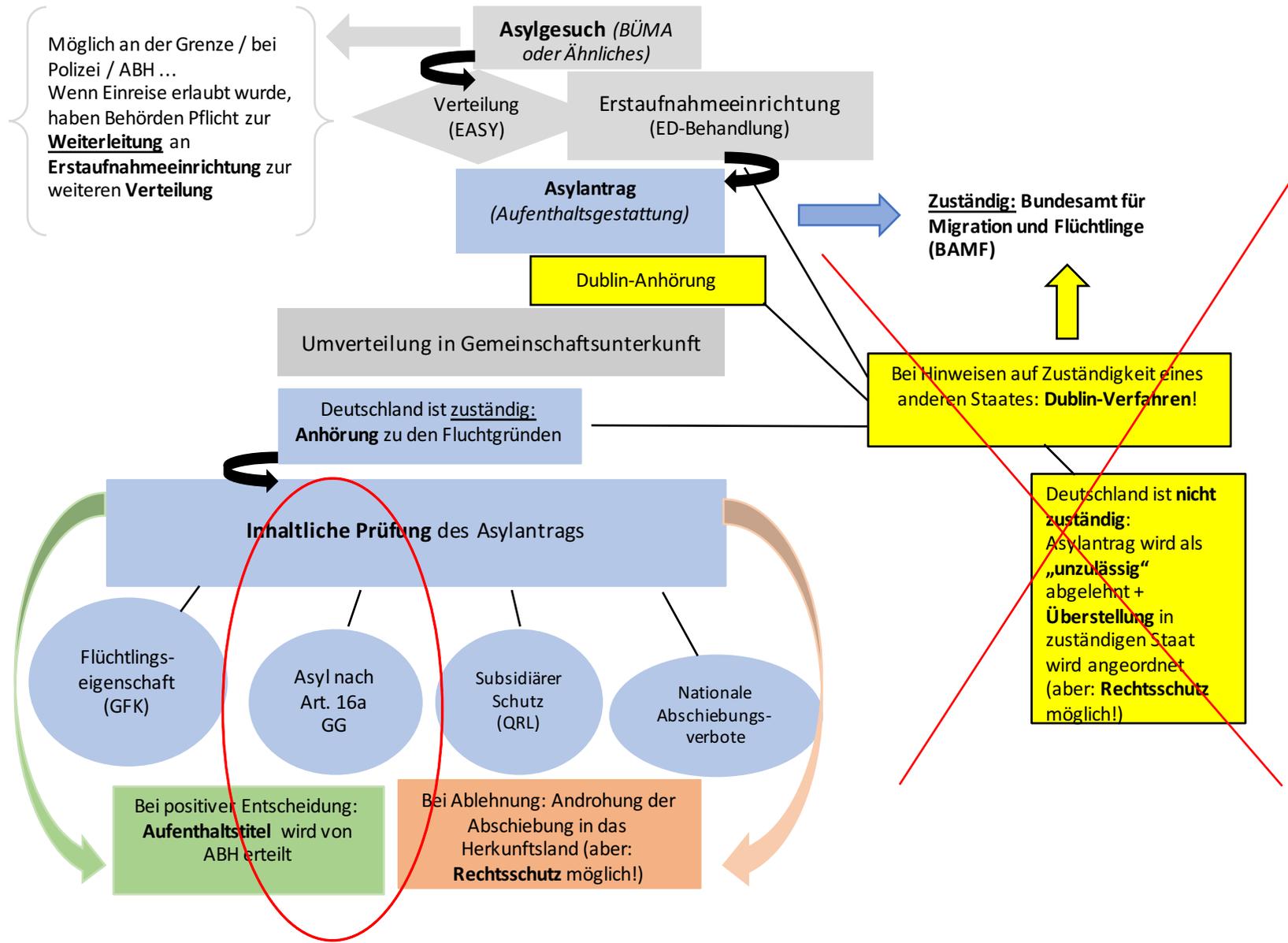
Die Drittstaatenregelung

§ 26a Abs. 1 AsylG:

Ein Ausländer, der aus einem Drittstaat im Sinne des Artikels 16a Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes (sicherer Drittstaat) eingereist ist, **kann sich nicht auf Artikel 16a Abs. 1 des Grundgesetzes berufen**. Er wird nicht als Asylberechtigter anerkannt.

*→ dafür muss der Asylantrag **inhaltlich** geprüft werden!*

Das Dublin-Verfahren im deutschen Asylverfahren





**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin

Überblick

- I. Einordnung
- II. Die Dublin-III-Verordnung
- III. Das Dublin-Verfahren in Deutschland
- IV. Übersichten: Fristen im Dublin-Verfahren
- V. Abgrenzung zur Drittstaatenregelung
- VI. Entscheidung bei “Anerkannten”**

§ 29 Unzulässige Anträge

(1) Ein Asylantrag ist unzulässig, wenn
[...]

2. ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union dem Aulsänder bereits internationalen Schutz im Sinne des § 1 Abs. 1 Nummer 2 gewährt hat, ...

Eine Person, die **in einem anderen MS** bereits als „anerkannt“ worden ist, kann in Deutschland **nicht erneut** Flüchtlingschutz oder subsidiären Schutz beanspruchen.

- Ablehnung als **unzulässig, § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG!**
- Es handelt sich nicht um einen Zweitantrag nach § 71a AsylG, da Verfahren im anderen Mitgliedstaat nicht „erfolglos“ war.
- **Kein Dublin-Fall!** → Die Dublin-III-VO regelt NICHT die Zuständigkeit bei **positiven Entscheidungen** über den Antrag auf internationalen Schutz
- Es laufen also keine Dublin-Fristen!
- Die Abschiebung erfolgt idR über bilaterale Rückübernahmeabkommen.

Beachte § 31 Abs. 3 AsylG:

In [...] Entscheidungen über unzulässige Asylanträge ist festzustellen, ob die Voraussetzungen des § 60 Absatz 5 oder 7 des AufenthG [nationale Abschiebungsverbote] vorliegen.

→ Siehe auch Hess VGH Beschl. v. 4.11.2016 – 3 A 1292/16.A:

Ein Anspruch auf Durchführung eines Asylverfahrens und Statuszuerkennung in Deutschland kann auch bei sog. „Anerkannten“ bestehen, wenn die Person nicht in den anderen Staat zurückkehren kann, weil die dortigen Umstände den Mindeststandards der EU GRCh (oder der EMRK) nicht genügen.

Materialempfehlung:

- Huber/Eichenhofer/Endres de Oliveira, *Aufenthaltsrecht*, Beck Verlag 2017, S. 482 ff.
- Schott-Mehring, Tillmann, *Asylverfahren und Dublin III für die Grenzpolizei*, Lübecker Medien Verlag 2015
- *Endres de Oliveira*, Basisinformationen Nr. 2 „Das Dublin-Verfahren“, Informationsverbund Asyl und Migration (Hrsg.) 2015
- Für die Beratung wichtig: Rechtsprechungsdatenbank⁵⁷ des Informationsverbunds Asyl und Migration → „Dublin-Liste“



**REFUGEE
LAW
CLINIC**
Berlin

**Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit!**